

Am Joint Venture ist VW mit 50%, die Shanghai Traktoren- und Automobil-Korporation mit 35% und die Bank von Shanghai mit 15% beteiligt.

China ist auch an der Produktion des Audi 100 interessiert. Verhandlungen darüber sollen aber völlig unabhängig von den jetzigen Joint-Venture-Vereinbarungen geführt werden. Chinesische Gesprächspartner der VW-Repräsentanz äußerten die Ansicht, daß der Audi-Typ als Dienswagen besser geeignet sei als der "Santana". Möglicherweise soll künftig in der Shanghaier Autofabrik parallel zur "Santana"-Montage auch der Ausbau von Audi-Fabrikationsanlagen vorgenommen werden.

Der 10. Oktober wurde zum Tag der Unterzeichnung von Abkommen: Nachdem die beiden Pkw-Firmen ihren Grundlagenvertrag unterzeichnet hatten, kam es auch noch zur Unterzeichnung eines Regierungsabkommens über die Zusammenarbeit in der Binnenschifffahrt und einer Absichtserklärung zum gemeinsamen Ausbau der Schifffahrt auf dem Han-Fluß. Ferner tauschten beide Seiten Noten über sechs technische Kooperationsprojekte aus. Bei den letzteren handelt es sich um zwei forstwirtschaftliche und drei Tierzuchtprojekte und außerdem um ein Unternehmen zur Förderung eines Zentrums für angewandte Forschung und Beratung an der Landwirtschaftlichen Hochschule Beijing. Unterzeichner dieser Projekte waren die Ministerin für Außenwirtschaft, Chen Muhua, und Entwicklungsminister Warnke. Die Bundesrepublik stellt für die Projekte einen Betrag von 20 Mio. DM zur Verfügung. Beide erklärten die Bereitschaft ihrer Regierungen, bei der zukünftigen Zusammenarbeit den Gebieten Energie, Energieeinsparung, Verkehr sowie Prüf-, Meß- und Normenwesen Vorrang einzuräumen. Daneben solle auch die berufliche Aus- und Fortbildung sowie die Modernisierung bestehender Betriebe in China gefördert werden. Warnke traf am 9. Oktober auch mit dem "Modellkapitalisten" Chinas, Rong Yien, zusammen, der heute Hauptverantwortlicher für das Investitionswesen in China ist (XNA, 9.10.84).

Die für die bundesrepublikanische Wirtschaft gegenwärtig interessantesten Projekte sind zwei Kernkraftblöcke von jeweils 1.000 MW in Ostchina mit einem Auftragswert von 6 Mrd. DM, ferner die chinesische Beteiligung am Airbusbau, die wiederum dazu führen soll, daß China zum Großbezieher des europäischen Verkehrsflugzeuges wird, ferner die deutsche Mitwirkung am Aufbau eines landesweiten Satel-

litensystems für die Rundfunk- und Fernsehübertragung, des weiteren die Lieferung einer Warmbreitbandstraße und einer Stranggießanlage im Gesamtwert von 2 Mrd. DM für die zweite Ausbaustufe des Hüttenkombinats Baoshan bei Shanghai und schließlich die Lieferung deutscher Lokomotiven und Waggons und - wie gesagt - die Zusammenarbeit im Pkw-Sektor, bei der VW die Führung ergriffen hat.

Was die AKW-Blöcke anbelangt, so hat eine Regierungsdelegation im September 1983 in Brasilien und Argentinien Anlagen studiert, die von der KWU, einer Siemens-Tochter, in diesen beiden Ländern errichtet worden sind. Vor allem in Brasilien besichtigten die Chinesen alle einschlägigen Anlagen, die im Rahmen des 1975 geschlossenen deutsch-brasilianischen Nuklearabkommens errichtet worden sind oder sich noch im Bau befinden. Der deutsch-brasilianische Vertrag sieht u.a. den Bau von acht Kernkraftwerken und einen umfassenden Technologietransfer vor. Möglicherweise nimmt sich China dieses Abkommen zum Vorbild, aber es ist auch denkbar, daß die Chinesen in Brasilien Komponenten für den geplanten Bau der zwei AKWs bestellen.

Schließlich räumte die Bundesrepublik der VR China zum ersten Mal einen Kapitalhilfekredit in Höhe von 50 Mio. DM ein. Die Volksrepublik will sich, wie den deutschen Besuchern versichert wurde, künftig bis zur Höhe von 15% ihrer Exporterlöse verschulden.

Die Gewährung deutscher Finanzhilfen für Exporte nach China war von den Chinesen schon seit längerer Zeit gefordert worden. China hatte Vertretern der deutschen Wirtschaft gegenüber mit dem Verlust von Aufträgen gedroht, wenn die Finanzierungsbedingungen für Waren aus der Bundesrepublik nicht günstiger würden. Dies hatte insbesondere der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Rau, bei seinem China-Besuch im August 1983 zu hören bekommen. Die deutsche Wirtschaft hatte diese Drohungen ernst genommen und immer wieder darauf hingewiesen, daß sich die Bundesregierung angesichts der Konkurrenz anderer Lieferländer "etwas einfallen lassen" müsse, um die deutschen Exporte nach China auch von der Finanzierungsseite her wettbewerbsfähig zu halten. Direkte Bonner Kredithilfe für das China-Geschäft war trotzdem bis zum Besuch Warnkes im Oktober 1983 eine Art Tabu gewesen.

Die in den chinesischen Verlautbarungen am häufigsten auftretenden Wörter waren "Markt" und "Technologie", "Öffnung" und

"Frieden".

Die Chance der Bundesrepublik liegt bei ihrem Technologieangebot; die Sowjetunion ist in Ungnade gefallen, die USA erzeugen politische und Japan wirtschaftliche "Abhängigkeits"-Ängste. Die Bundesrepublik weist keinen dieser drei Nachteile auf!

Kohl "beackerte" in seinen Reden dieses Feld des Technologietransfers, das im Zeichen der chinesischen "Modernisierungspolitik" so besonders wichtig sei. Wörtlich: "Die Bundesrepublik Deutschland hat immer wieder betont, daß zu einem florierenden bilateralen Handel auch ein Transfer moderner Technologien gehört. Wir streben eine noch umfassendere, vielschichtigeren Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik an. Dabei halten wir an unserer Ansicht fest, daß die für gemeinsame Forschung und Entwicklung aufgewandten Mittel dann sinnvoll eingesetzt sind, wenn die aus dieser Zusammenarbeit gewonnenen Erkenntnisse auch im wirtschaftlich-kommerziellen Bereich angewendet werden (Bulletin der Bundesregierung Nr. 120 vom 17. Oktober 1984, S. 1063).

c) Außenpolitik

Was die außenpolitischen Gespräche anbelangt, so gab es zwar, wie nicht anders zu erwarten, Übereinstimmung in den meisten Fragen, doch hatte die deutsche Delegation auch einigen Anlaß zur Enttäuschung.

- Da sind zunächst die chinesischen Vorstellungen zur Wiedervereinigung. Hatten sich bisher noch alle chinesischen Spitzenpolitiker, von Zhou Enlai bis Zhao Ziyang (beim Besuch von Bundespräsident Carstens i.J. 1982), eindeutig zu einem Plädoyer für die deutsche Wiedervereinigung bekannt (über diese Frage habe einzig und allein das deutsche Volk zu entscheiden), so fiel die Aussage Hu Yaobangs diesmal wesentlich differenzierter aus: Er könne sich vorstellen, daß Deutschland auf lange Zeit geteilt bleibe und daß eine Wiedervereinigung wahrscheinlich nur in einem gesamteuropäischen Zusammenhang zustande kommen könne.

Distanziert hatte sich China bereits bei dem italienisch-deutschen Konflikt um Erklärungen Andreottis gezeigt, daß der "Pan-germanismus" überwunden werden solle und daß es zwei deutsche Staaten gebe, die als solche doch bitte auch bestehen bleiben sollten. Der chinesische "Kommentar" beschränkte sich auf eine schlichte Wiedergabe der Fakten - ohne

eigene Wertung (XNA, 17.9.84). Andererseits griff die chinesische Presse zugunsten einer Annäherung der beiden deutschen Staaten ein, als die Sowjetunion Erich Honecker an seiner Reise in die Bundesrepublik hinderte und gleichzeitig eine "Revanchismus"-Kampagne gegen die Bundesrepublik begann (XNA, 2.8.84). Diese "wütenden Angriffe Moskaus auf die Bonner Außenpolitik spiegelt Moskaus eigene Ängste wider".

- Im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage plädierte Zhao Ziyang für die sofortige Einstellung aller weiteren Raketennachrüstung durch die beiden Supermächte, während Kohl die Verhandlungslösung zwischen den beiden Supermächten befürwortete.

- Was die Sowjetunion anbelangt, so hielten sich die Chinesen bei ihren öffentlichen Äußerungen taktvoll zurück, während der Kanzler - offensichtlich an die Adresse Moskaus gerichtet - in seinen öffentlichen Äußerungen immer wieder deutlich zu machen versuchte, daß eine engere deutsch-chinesische Zusammenarbeit gegen niemanden gerichtet sei.

Im übrigen aber herrschte "Sonneschein". Bilaterale Probleme gebe es nicht zwischen beiden Staaten, wurde immer wieder versichert.

Kohl betonte die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO und zur EG, Zhao Ziyang wies darauf hin, daß die Völker Afghanistans und Kambodschas über ihr eigenes Schicksal entscheiden sollen und daß überhaupt der Grundsatz der "Unabhängigkeit" in der Außenpolitik weltweit mehr Anerkennung finden müsse. In diesen Fragen gab es beiderseits Zustimmung (XNA, 9.10.84).

Als Ergebnis der Gespräche mit Zhao Ziyang faßte Kohl folgende "konkrete Vorhaben" zusammen:

- Erweiterung des Studentenaustausches, vor allem Förderung des beiderseitigen Sprachstudiums; u.a. soll die Ausstrahlung eines deutschen Fernseh-Sprachkurses im chinesischen Fernsehen gefördert werden.

- Finanzielle Zusammenarbeit, die freilich nicht zu Lasten Dritter gehen soll.

- Baldiger Abschluß eines Doppelbesteuerungsabkommens.

- Diskussion über weitere Projekte der Unternehmenszusammenarbeit (Bulletin der Bundesregierung Nr.120, S.1067).

Die Regierung Kohl hat in der VR

China beträchtlichen Kredit. Obwohl man sich dort bewußt ist, daß sie manchmal "von Schwierigkeiten heimgesucht" wird (genannt wird in diesem Zusammenhang der Bestechungsverdacht gegen Lambsdorff und die Schwierigkeiten mit der IG Metall) (XNA, 7.7.84), erhält doch ihre Außenpolitik gute Noten. Die Bundesrepublik - an der Nahtstelle der militärischen Konfrontation zwischen den beiden Blöcken Ost und West - habe sich fest in die NATO und in die EG eingebunden. Gegenüber beiden Supermächten versuche sie, die Balance zu halten und habe sich z.B. nicht nur zur UdSSR, sondern auch zur amerikanischen Grenad-Politik höchst kritisch geäußert. Sie versuche sich auch mit einer eigenen Osteuropa-Politik und habe hier mit der DDR ein leidliches Verhältnis gefunden. In der heutigen multipolaren Welt sei das Gewicht der Bundesrepublik von ihrer Stellung innerhalb der NATO und der EG abhängig. Begrüßenswert sei die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich als den beiden Kristallisationskernen Westeuropas (BRu 1984, Nr.9, S.14 f.). Wegen ihrer entschiedenen DDR-Politik sei die Regierung Kohl ein Angriffsziel der Moskauer Propagandamaschinerie geworden.

Im Ostblock wurde die Kohl-Reise mißtrauisch kommentiert. Radio Prag: "Kohls Bemühungen, China für die Unterstützung seiner aggressiven Politik zu gewinnen, sind sehr gefährlich", Radio Warschau: "Offen bleibt die Frage, ob Kohl versuchen wird, seinen China-Aufenthalt zur Verkündung der deutschen Frage zu nutzen".

d)

Besucher- und Kulturaustausch

Auch der gegenseitige Besucheraustausch kann sich sehen lassen. Nach chinesischen Statistiken reisten 1983 735 chinesische Delegationen und Studiengruppen in die Bundesrepublik - insgesamt rd. 4.000 Personen. Aus der Bundesrepublik waren fünf Minister und drei Staatsminister nach China gekommen. Zu den prominentesten Besuchern hatte u.a. Willy Brandt gehört.

1983 besuchten 26.000 deutsche Touristen die VR China.

Was den Studentenaustausch anbelangt, so ist die Zahl der Chinesen in der Bundesrepublik auf über tausend angewachsen, während die Bundesrepublik bis heute achtzig Studenten nach China entsandt hat. Zusätzlich haben sechzig Universitäten und Hochschulen der beiden Länder Austauschbeziehungen vereinbart. Die Bundesrepublik hat mehrere Ausbildungszentren in

China für das Training technischen Personals errichtet.

Im Bereich des Kulturaustausches haben beide Länder seit Abschluß des Kulturabkommens von 1979 jährlich rd. dreißig "kulturelle Delegationen" und Theatergruppen entsandt. Die Bundesrepublik veranstaltete Ausstellungen von Büchern, Gemälden und Briefmarken. Das Stuttgarter Ballett und das Nationaltheater Mannheim hatten in China besonderen Widerhall. Die Chinesen entsandten umgekehrt Akrobaten-, Opern-, Puppenspiel- und Schauspieltruppen. Am meisten Erfolg hatte das "Teehaus" von Lao She (XNA, 8.10.84).

Auf diese Erfolge wies auch Kohl hin. U.a. sprach er vor Professoren und Studenten der Tongji-Universität in Shanghai. Am 13. Oktober 1984 hob er die chinesisch-deutschen Gemeinsamkeiten hervor, die gerade im Rahmen der Tongji-Universität konkreten Ausdruck gefunden hätten. Was "die Partnerschaft wert ist, die damals entstand, hat sich in den kritischen Jahren dieses Jahrhunderts gezeigt: Bei der Beschlagnahme i.J. 1917, beim Bombenangriff von 1932, beim Auszug aus Shanghai 1937 - bei all diesen Gelegenheiten haben Deutsche und Chinesen zusammengewirkt, um der Universität zu helfen..." (Bulletin Nr.120, S.1069).

e)

Reise des Altbundeskanzlers Helmut Schmidt

Auf Einladung des Chinesischen Instituts für Auswärtige Angelegenheiten hatte sich der frühere Bundeskanzler Schmidt Ende September/Anfang Oktober 1984 zu einem einwöchigen Besuch in der Volksrepublik aufgehalten und war dabei u.a. auch von Deng Xiaoping und Zhao Ziyang empfangen worden (XNA, 27. und 28.9.84). Auch nahm er unter den Ehrengästen an den Feiern zum 35. Gründungstag der Volksrepublik China am 1. Oktober teil. In einem Vortrag vor 150 Partei- und Staatsfunktionären sprach Schmidt über die Weltsicherheitslage, über Europa-Politik und die künftige weltpolitische Rolle Chinas aus seiner Sicht. Ein zweiter Vortrag galt weitgehend wirtschaftspolitischen Themen: Die Volksrepublik werde sich bis zur Jahrhundertwende zu einem bedeutenden weltpolitischen Gleichgewichtsfaktor entwickelt haben - China werde sogar eine wirtschaftliche "Supermacht" sein. Die Wachstumschancen der chinesischen Volkswirtschaft seien gut, weil China vor allem aufgrund seiner extremen Größenordnungen weniger als alle anderen Länder von internationalen Krisensituationen heimgesucht werde.

Auch außenpolitisch stünden günstige Entwicklungen ins Haus: China werde sich durch seinen Kampf gegen den Hegemonismus viele Freunde in der Welt machen. Sein Nichteinmischungspostulat werde vor allem von den Ländern der Dritten Welt geschätzt.

Schmidt hatte in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler die Volksrepublik noch i.J. 1975 besucht und war damals mit Mao Zedong zusammengetroffen.

f)

Zwei neue deutsche Botschafter

Der bisherige Botschafter in Beijing, Schödel, der die Bundesrepublik vier Jahre lang in China vertrat und Ende Oktober nach Delhi wechselte, hat in Per Fischer einen Nachfolger bekommen, der sich bereits früh mit China und dem Chinesischen auseinandergesetzt hatte. Fischer ist 1923 in Oslo geboren und studierte in Beijing, Lausanne, Heidelberg und Wien, war dann eine Zeitlang Journalist, wurde 1951 Mitarbeiter des Europarats, später der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) und avancierte schließlich zum Kabinettdirektor des Präsidenten des Europäischen Parlaments. 1962 wurde Fischer Mitglied des Auswärtigen Amtes und vertrat die Bundesrepublik im Tschad sowie in Israel. 1977 übernahm er die Leitung der Bonner Delegation auf dem Belgrader KSZE-Folgetreffen. 1977 übernahm er die Leitung der Abteilung 4 (Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration) des Auswärtigen Amtes (Die Welt, 24.8.84).

Noch ein weiterer Botschafter hat sich mit China zu befassen, nämlich Franz Keil, der die Rolle eines "Beauftragten des Auswärtigen Amtes für Asienpolitik" übernommen hat. Die Funktion eines solchen "Beauftragten" gibt es im Auswärtigen Amt seit 1977. Der "Beauftragte" ist Gesprächspartner für höherrangige Besucher und nimmt seinerseits Sonderkontakte zu Staats- und Regierungsrepräsentanten auf. Der Beauftragte soll sich nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zu den deutschen Botschaftern im Ausland verstehen. Der "Beauftragte" gilt als "Roving Ambassador" einer "ausländischen Pfarrei", zu der in diesem Fall die Länder China, Indien, Japan, Korea, Afghanistan und die Mongolei sowie Australien, Neuseeland, die südpazifischen Staaten u.a. gehören. Franz Keil ist 1929 in Köln geboren, studierte in Köln und Coimbra/Portugal, trat 1958 ins Auswärtige Amt ein, war von 1960 bis 1965 Botschafter in Tokyo und anschließend in Brasilia,

Bukarest und Lissabon.

Von 1977 bis 1980 war Keil an der Botschaft in Beijing tätig, von 1979 dann im Range eines Gesandten unter Botschafter Wickert (Die Welt, 26.9.84). -we-

ASIEN

*(2)

China erhofft sich bessere Beziehungen zu Indonesien

Wang Zhenyu, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, drückte bei einer Pressekonferenz am 5. September 1984 in Beijing den chinesischen Wunsch aus, mit Indonesien bald wieder "freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen aufzunehmen". Indonesien sei ein "Nachbar Chinas". China sei bereit, sämtliche Formen der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in Erwägung zu ziehen. Es gebe zwischen beiden Regierungen auch zahlreiche identische oder ähnliche Ansichten über internationale Schlußselfragen (XNA nach SWB, 12.9.84).

Die diplomatischen Beziehungen zu Jakarta sind seit Oktober 1967 unterbrochen - und zwar gegen den Willen der chinesischen Regierung. Kurz nach der Unterbrechung wurde auch das chinesische Botschafterpersonal abgezogen. Die indonesische Regierung, die die einstmals so enge Zusammenarbeit zwischen der chinesischen Botschaft, Sukarno und der Indonesischen KP bis heute nicht vergessen kann, betrachtet China offensichtlich als den langfristigen Feind Nr.1 in Asien und verhält sich dem nördlichen Nachbarn gegenüber dementsprechend zurückhaltend. Auch die in Indonesien lebenden Auslandschinesen sind in der Bevölkerung unbeliebt, und es kommt immer wieder zu Zusammenstößen.

Im Dezember 1983 zog die indonesische Regierung das Gebäude der früheren chinesischen Botschaft in Jakarta ein - ein Akt, gegen den das chinesische Außenministerium am 7. Dezember 1983 offiziell mit dem Hinweis protestierte, daß das Gebäude Eigentum der VR China sei. Die Übernahme des Gebäudes am 1. Dezember 1983 sei eine Verletzung des Art.45 der Wiener Konvention von 1961 über diplomatische Beziehungen und der internationalen Gepflogenheiten. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums wurde im Dezember mit der Frage konfrontiert, wie China auf die Vorstellungen Indonesiens reagiere, diplomatische Beziehungen erst dann wieder aufzunehmen, wenn China öffentlich erklärt habe, daß es jegliche materielle und moralische Unterstützung für die KP Indonesien einstelle. Die Antwort

Qi Huaiyuans, des Leiters der Presseabteilung beim Außenministerium, lautete: "Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein. Wir wollen Beziehungen mit den kommunistischen Parteien anderer Länder auf der Basis der völligen Gleichberechtigung, der Unabhängigkeit, der gegenseitigen Respektierung und gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten entwickeln. Wir werden uns weder in die inneren Angelegenheiten anderer Länder noch in die inneren Angelegenheiten anderer Parteien einmischen. Dies ist selbstverständlich allen bekannt, und es ist daher unnötig, besondere Erklärungen darüber abzugeben." (XNA, 7.12.83) -we-

*(3)

China und Japan. Erste Sitzung des "Komitees für chinesisch-japanische Freundschaft im 21. Jhdt." und Besuch von 3.000 japanischen Jugendlichen in China

China und Japan haben i.J. 1983 nicht nur ein Handelsvolumen von 10,2 Mrd. US\$ umgesetzt, sondern es auch verstanden, ihre beiderseitigen Beziehungen durch symbolische Akte allerlei Art zu unterbauen. Beim China-Besuch Nakasones im März 1984 wurde die Gründung eines "Komitees für die chinesisch-japanische Freundschaft im 21. Jhdt." verkündet. Beide Länder ernannten je zehn Vertreter für dieses "regierungsunabhängige" Komitee, das inzwischen vom 10. bis 12. September seine erste Sitzung abgehalten hat, und zwar in Tokyo. Das Komitee sei eine Art "Braintrust" für die japanisch-chinesische Zusammenarbeit. Seine Aufgaben bestünden in folgendem:

- Einhaltung der Prinzipien und des Geistes der gemeinsamen japanisch-chinesischen Erklärung von 1972 und des japanisch-chinesischen Friedens- und Freundschaftsvertrags von 1978.

- Erforschung von neuen Möglichkeiten für die japanisch-chinesischen Beziehungen auf der Grundlage der Vier Prinzipien (Frieden und Freundschaft; Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen; gegenseitiges Vertrauen und langfristige Stabilität), wie sie von beiden Regierungen ausgearbeitet worden sind.

- Entwicklung von weiteren Möglichkeiten bilateraler langfristiger Zusammenarbeit.

Wang Zhaoguo, der chinesische Chefdelegierte beim Komitee, sprach von einer Vorbildrolle Chinas und Japans in vierfacher Hinsicht:

- als Beispiel friedlicher Koexistenz von Ländern mit unterschiedlichen politischen Systemen;

- als Wirtschaftspartner;

- als Kultur-, Wissenschafts- und Technologiepartner;

- als Aktivisten bei der Förderung der Fortschritte der Menschheit und der Verteidigung des Friedens in internationalen Angelegenheiten.

Der japanische Delegierte Tadao Ishikawa sprach von den traditionellen Freundschaftsgefühlen des japanischen Volkes für China und von den mehr als 2.000 Jahre alten Verbindungen.

Nur wenige Tage später trafen 3.000 japanische Jugendliche zu einem 14tägigen Besuch in China ein und reisten dort nach Beijing, Shanghai, Hangzhou, Nanjing, Xi'an und Wuhan. U.a. nahmen sie an den Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der VR China am 1. Oktober teil. Die Jugendlichen - alle zwischen zwanzig und dreißig Jahre alt - repräsentierten verschiedene japanische Gesellschaftsschichten - Regierungsabteilungen, Universitäten, Freundschaftsorganisationen, Gewerkschaften und Frauenorganisationen. Sie besuchten Betriebe, Dörfer, Schulen und Familien. Viel war die Rede von lang erprobter Feindschaft und von der kurzen traurigen Zwischenphase in den dreißiger und vierziger Jahren. Sie, die Jugendlichen, wollten als zweite und dritte Nachkriegsgeneration jene Aufgaben fortsetzen, die von der ersten Generation im chinesisch-japanischen Verhältnis begonnen worden seien. Die Jugendlichen waren auf Einladung Hu Yaobangs gekommen, die dieser während seines Japan-Besuchs i.J. 1983 ausgesprochen hatte. Ministerpräsident Nakasone höchstpersönlich hatte die 3.000 Jugendlichen in Tokyo verabschiedet (XNA, 11.-28.9.84). Hu Yaobang begrüßte die Jugendlichen persönlich bei ihrer Ankunft in Beijing (XNA, 1.10.84). U.a. wurden bei den Empfangsfeierlichkeiten zahlreiche Bäume gepflanzt (XNA, 3.10.84).

Am 22. September wurde in Tokyo die Song-Jingling-Stiftung gegründet. Song Jingling, die Witwe Sun Yat-sens und "Ehrenpräsidentin der Volksrepublik China", war im Mai 1981 gestorben. Die neue Stiftung hat die Aufgabe, sich chinesischer Kinder in Japan anzunehmen und wolle auch zum Austausch von Kindern zwischen China und Japan beitragen (XNA, 24.9.84) - eine weitere symbolträchtige Institution also!

Auch sonst kannte die chinesische Japan-Euphorie in diesen Tagen keine Grenzen, wie aus einigen Pressemeldungen hervorgeht, deren Titel hier zitiert seien: "Positive japanische Reaktion auf Chinas 7. Fünfjahresplan" (XNA, 4.9.84), "Chinesisch-japanische Wissenschafts- und Technologiezusammenarbeit hat eine große Zukunft" (XNA, 3.9.84), "Japanische Bank eröffnet Vertretungsbüro in Beijing" (gemeint war die Sumitomo-Bank) (XNA, 12.9.84), "China verkauft Japan i.J. 1985 8 Mio. t Öl" (XNA, 21.9.84), "Japan verstärkt seine Produktion an elektronischen Gütern" (XNA, 22.9.84), "Japans Bruttosozialprodukt übersteigt alle Erwartungen" (XNA, 21.9.84). Positiv gemeldet wurde auch der "Beginn der gemeinsamen Militärmanöver von Japan und den USA" (XNA, 14.9.84). -we-

* (4)

Vorsichtige positive Bewertungen der Staatsvisite des südkoreanischen Präsidenten in Japan

Zwei Seelen wohnen in der chinesischen Brust, wenn es um die Bewertung Südkoreas geht: Einerseits schätzt die Führung in Beijing Südkorea als einen ungemein wertvollen antihegemonistischen Baustein in Fernost ein, andererseits kann es aber keine vollen Beziehungen mit diesem objektiv so interessanten Nachbarstaat aufnehmen, solange Nordkorea dagegen Einwände hat; Nordkorea aber darf niemals verärgert - und so vielleicht zu einem zweiten Vietnam werden (Einzelheiten dazu in C.a., Mai 1984, S. 267 ff., insbesondere 271 f.).

Der Besuch des südkoreanischen Präsidenten Chun Doo Hwan vom 6. bis 8. September 1984 in Japan wurde deshalb aufmerksam und zurückhaltend - aber im Grunde durchaus positiv registriert. Es habe sich um den ersten Besuch eines südkoreanischen Staatsoberhauptes in einem Land gehandelt, das einst koloniale Herrschaft über Korea ausübte. Der chinesische Bericht zählte die einzelnen Gesprächsthemen (friedliche Wiedervereinigung Koreas, Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen Japans mit Nordkorea, Behandlung der Koreaner in Japan, Technologietransfer etc.) auf, wies aber auch darauf hin, daß in Südkorea einige politische Parteien und Massenorganisationen gegen den Besuch protestiert hätten und daß in Tokyo nicht weniger als 23.000 Polizisten für den Schutz des koreanischen Gastes hätten aufgebieten müssen (XNA, 8. und 10.9.84). Die chinesische Berichterstattung erwähnte ferner, daß das nordkoreanische Außenministerium gegen den Besuch prote-

stiert habe (XNA, 12.9.84).

Diese Zurückhaltung liegt ganz auf der Linie der vorsichtigen Öffnung, die China seit nunmehr zwei Jahren gegenüber Südkorea verfolgt (Näheres C.a., Mai 1984, S. 271 f.).

Seoul muß sich manchmal freilich eine Kalt-Heiß-Behandlung gefallen lassen: So erhielt es z.B. die Sympathie Chinas bei der Diskussion um den Abschub eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die sowjetische Luftwaffe. Am 1. September 1983 führte der chinesische ständige Repräsentant bei der UNO vor dem Sicherheitsrat aus, daß China "schockiert" sei und "bedauert, daß ein sowjetisches Kampfflugzeug offenkundig ein Passagierflugzeug der südkoreanischen Luftfahrtgesellschaft abgeschossen hat und dabei alle Gäste und Besatzungsmitglieder getötet wurden, einschließlich zahlreicher Landsleute aus der chinesischen Provinz Taiwan sowie aus Hongkong".

Auf der anderen Seite protestierte das chinesische Außenministerium am 14. August 1984 in einer Erklärung gegen die vorzeitige Freilassung jener fünf Flugzeugentführer, die im Vorjahr das CAAC-Flugzeug Nr. 296 nach Südkorea umgeleitet hatten. Flugzeugentführungen seien schwerwiegende Verbrechen, die im Geiste der einschlägigen internationalen Konventionen streng zu bestrafen seien. Die südkoreanischen Behörden hätten indes nicht nur zweifelhaftes Milde geübt, sondern sich dem "Druck der taiwanesischen Behörden" gefügt und die "Kriminellen" nach Taiwan entlassen. Die Regierung und das Volk Chinas seien darüber höchst empört (XNA, 15.8.84).

Aufmerksamkeit hatte das politische Beijing auch den Besuch Kim Il Sung's im Mai 1984 in einigen Ostblockstaaten gewidmet. Kim hatte damals, zum ersten Mal seit 1961, wieder Moskau besucht und war Anfang Juni auch in die DDR gereist (XNA, 24. und 25.5., 4.6.84). Am 1. Juni war ein Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit der DDR unterzeichnet worden.

Nur kurze Zeit später hatte der koreanische Ministerpräsident Kang Song San die Volksrepublik besucht. Im Mai 1984 war Hu Yaobang in Korea gewesen (Näheres C.a., Mai 1984, S. 267 ff.). Es fällt auf, daß bei all diesen so häufig stattfindenden chinesisch-nordkoreanischen Visiten in der Regel das Atmosphärische besonders gepflegt, sachlich aber wenig ausgehandelt wird, es sei denn, daß man die ständigen rituellen Forderungen Chinas nach einem Rückzug der

US-Truppen aus Südkorea und nach der Wiedervereinigung Koreas als konkrete Sachthemen wertet. Immerhin hat sich die nordkoreanisch-chinesische Zusammenarbeit aber wohl tuend mäßigend auf die Politik Nordkoreas niedergeschlagen. U.a. ließ Beijing die Regierung in Pyonyang ihr Unbehagen, z.B. über das von Nordkorea veranlaßte Märscher von Rangun spüren.

Beijing nähert sich den Südkoreanern, Kim Il Sung reist in den Ostblock - unter der nach außen hin demonstrierten Gemeinsamkeit zeigen sich einige Sprünge. Vielleicht dienen die häufigen Gesprächskontakte dazu, die beiderseitige Toleranzschwelle auszuloten. -we-

*(5)

China und Malaysia: Bilanz anlässlich des 10jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen

Am 31. Mai 1974 hatten China und Malaysia diplomatische Beziehungen aufgenommen. Anlässlich des 10jährigen Jubiläums kam Außenminister Wu Xueqian im Februar 1984 nach Kuala Lumpur, während sein malaysischer Amtskollege, Ghazali Shafie, der Volksrepublik im Mai 1984 einen Gegenbesuch abstattete.

Zwischen beiden Staaten herrscht nach wie vor erhebliches Mißtrauen: Die Regierung in Kuala Lumpur ist beunruhigt darüber, daß sich China immer noch weigert, offiziell von der KP Malaya Abstand zu nehmen, und daß es stattdessen darauf besteht, diese in Malaysia seit Jahrzehnten illegale Partei "politisch und moralisch zu unterstützen". Malaysias politische und wirtschaftliche Stabilität hängt vom harmonischen Zusammenleben der drei Communities, also der Malaien, der Chinesen und der Inder, ab. Diese Harmonie wird z.T. nicht nur durch die regierungsamtliche Malaisierungspolitik, sondern auch durch Untergrundbewegungen gestört, die von links und rechts kommen. Besonders beunruhigt zeigte sich die Regierung in Kuala Lumpur nach der Rückkehr eines früheren KPM-Mitglieds, Musa Ahmad, aus dem Beijinger Exil nach Kuala Lumpur. Musa Ahmad erklärte damals, daß Chinas gegenwärtig so freundliche Haltung gegenüber Malaysia nichts anderes sei als ein taktisches Manöver. Kein Wunder, daß dieses Thema während des Besuches von Ministerpräsident Zhao Ziyang vom 9. bis 11. August 1981 in Kuala Lumpur eines der Hauptgesprächspunkte war (Näheres dazu C.a., August 1981, S.514 f.).

Zwei weitere Streitpunkte sind hier noch hervorzuheben, nämlich der Konflikt um einige Inseln im

Spratly-Archipel, die von China genauso beansprucht werden wie von Malaysia (Näheres dazu C.a., September 1983, Ü 3), sowie die - angebliche - Erteilung von Visen an malaysische Auslandschinesen durch die VR China. Die Regierung in Kuala Lumpur, die eine genaue Kontrolle über Reisen ihrer Staatsbürger nach China ausüben will, zeigte sich über dieses Vorgehen der chinesischen Einwanderungsbehörden höchst verärgert. Außenminister Wu Xueqian stellte bei seinem Besuch allerdings klar, daß sich China streng an das Abkommen von 1974 über die Vermeidung einer Doppelstaatsangehörigkeit halte und deshalb verlange, daß auch solche Huaqiao in Malaysia, die für die chinesische Staatsangehörigkeit optiert haben, sich an die Gesetze Malaysias halten. Sei es trotzdem in Ausnahmefällen zur Erteilung von Einreisegenehmigungen durch chinesische Behörden gekommen, so offensichtlich deshalb, weil die betreffenden Huaqiao den Weg über Hongkonger Touristenagenturen gewählt hätten und dabei unter falscher Identität auftraten (VOPM in SWB, 1.6.84).

Die malaysische Regierung hat inzwischen beschlossen, die Konfliktflächen zu verkleinern und nach mehr Zusammenarbeit mit China zu suchen. Diesem Ziel widmet sich auch eine Arbeitsgruppe innerhalb des malaysischen Außenministeriums (Radio KL in SWB, 20.7.84).

Beim Besuch des malaysischen Außenministers vom 29. Mai bis 5. Juni 1984 wurde festgestellt, daß sich der chinesisch-malaysische Handelsaustausch i.J. 1983 auf 350 Mio. US\$ belaufen habe. Ghazali Shafie unterzeichnete am 30. Mai einen "Letter of Intent" über den gemeinsamen Aufbau eines Internationalen Handelszentrums in Beijing. Außerdem versprach er, sich dafür einzusetzen, daß malaysische Unternehmen in den chinesischen Wirtschaftssonderzonen und Küstenstädten investierten (XNA, 31.5.84).

Das Internationale Handelszentrum wird als gemeinsames Joint Venture aufgezogen und soll die Aufgabe haben, an ausländische Wirtschafts- und Handelsorganisationen sowie Geschäftsleute Büros, Unterkünfte, Konferenzräume und Ausstellungshallen zu vermitteln. Außerdem wird es für Informationen, Consulting-Dienste etc. zuständig sein. Das Gebäude wird bis 1987 fertig sein.

Ghazali Shafie wurde von zahlreichen Spitzenpolitikern, u.a. Hu Yaobang, empfangen.

Seit dieser Zeit scheint sich

zwischen den beiden Regierungen eine wirkliche "Normalisierung" anzubahnen.

Die "Stimme des Volkes von Malaysia", ein Partisanensender, der früher einmal mit chinesischer Hilfe aufgebaut wurde, der inzwischen aber offensichtlich "auf eigenen Beinen steht", betont, daß die KP Malaya die "Prinzipien der Unabhängigkeit, der Freiheit und der Autarkie befolgt". Die Partei sei nicht auf auswärtige Unterstützung angewiesen. Das Mißtrauen der "regierenden Clique" in Kuala Lumpur wurzele ganz in deren "antikommunistischer" Einstellung und habe mit der Realität nichts zu tun (VOPM in SWB, 28.8.84). -we-

INNENPOLITIK

*

*

* * * * *

*(6)

7. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. Nationalen Volkskongresses: Zwei neue Gesetze und zwei neue Minister

Der Ständige Ausschuss des VI. Nationalen Volkskongresses (NVK) trat vom 11. bis 20. September 1984 in Beijing zu seiner 7. Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Verabschiedung des Forst- und des Arzneimittelgesetzes und die Steuerreform bzw. die Ersetzung der Gewinnablieferungen durch die Zahlung von Steuern von seiten der staatseigenen Betriebe. Darüber hinaus erhielten die Zentrale Wirtschaftskommission und die Zentrale Kommission für Wissenschaft und Technik jeweils einen neuen Vorsitzenden im Ministerrang. (RMRB, 12./16./18./19./21.9.84)

Im einzelnen faßte das ständige Parlamentsorgan der Volksrepublik China folgende Beschlüsse:

1. Verabschiedung des abgeänderten Entwurfs des bereits 1979 probeweise eingeführten Forstgesetzes (RMRB, 23.9.84; s.a. RMRB, 12.9.84). Das abgeänderte Forstgesetz tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

2. Verabschiedung des Arzneimittelgesetzes, das am 1. Juli 1985 in Kraft tritt (RMRB, 22.9.84).

3. Bevollmächtigung des Staatsrats, im Rahmen der Ersetzung des Gewinnabgabensystems durch ein Besteuerungssystem für staatseigene Betriebe sowie im Rahmen der Reformen des Industrie- und Handelssteuersystems entsprechende Steuerverordnungen zu entwerfen und zur probeweisen Anwendung als Gesetzentwürfe zu erlassen. Dar-